



## Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2016

### Antworten - CDU

<p><b>Zentralisierung</b> 1. Baden-Württemberg steuert seit Jahren einen zentralistischen Kurs mit einer starken Fixierung auf die Region Stuttgart.</p> <p>Dies geschah und geschieht zu Lasten der anderen Regionen des Landes und vor allem des badischen Landesteils und widerspricht auch dem in der Landesverfassung festgelegten dezentralen Prinzip.</p>	<p>Sind Sie bereit, sich für eine Korrektur dieser Politik einzusetzen, alle Landesteile zu fördern und mit dezentralen Strukturen die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Landes zu erhöhen?</p> <p>Dazu gehören auch die kritische Prüfung der künftigen Fusionen lokaler Institutionen sowie die Dezentralisierung von Landesbehörden. Setzen Sie sich für die Unterstützung regionaler Bereiche und mittelständischer Unternehmen ein?</p>
	<p><b>Antwort CDU</b> <i>Die CDU ist die Partei der ausgewogenen Strukturpolitik. CDU-geführte Landesregierungen waren es, die mit gezielten Entscheidungen darauf geachtet haben, dass wirtschaftliche Entwicklung nicht nur in den Ballungszentren möglich ist, sondern auch im ländlichen Raum stattfinden kann. Baden-Württemberg ist nicht zuletzt deshalb weniger von dem andernorts feststellbaren Landflucht-Phänomen betroffen. Mit der gleichen Konsequenz geht wird die CDU diese ausgewogene Strukturpolitik fortführen. Das gilt in besonderem Maße genauso für die unterschiedlichen Landesteile. Wir wollen die Vielfalt unseres Landes als seine Stärke weiterentwickeln. Hierzu gehört auch eine Politik, die dem badischen Landesteil neue Zukunftschancen eröffnet.</i></p>
<p>Landtag 2. Die Stuttgarter Dominanz im baden-württembergischen Landtag ist ein Ärgernis und eine erhebliche Benachteiligung der anderen Regionen des Landes. Während der Bevölkerungsanteil dieses Raumes lediglich 19,1% beträgt, entspricht die Zahl der Abgeordneten 28,5% der Mitglieder des Landtages.</p>	<p>Sind Sie bereit, dieses krasse Missverhältnis in der nächsten Legislaturperiode durch politische Initiativen zu beseitigen und damit eine ausgewogenere Zusammensetzung des Landtags anzustreben? Welche Möglichkeiten sehen Sie, dieses Ziel durch Änderungen des Wahlgesetzes zu erreichen?</p>

	<p><b>Antwort CDU</b>  <i>In Baden-Württemberg sind einige Facetten des Wahlrechts historisch bedingt. Die Vorgaben der Verfassung wurden und werden aber eingehalten, so dass insgesamt ein verfassungskonformer Zustand besteht. Im Übrigen hat der Verfassungsgerichtshof von Baden-Württemberg mit Entscheidung vom 16. Februar 2016 im Wesentlichen ausgeführt, dass bei der Verhältniswahl das Parlament im Grundsatz ein getreues Spiegelbild der parteipolitischen Gruppierung der Wählerschaft ist, in dem jede politische Richtung in der Stärke vertreten ist, die dem Gesamtanteil der für sie im Wahlgebiet abgegebenen Stimmen entspricht. Nach Art. 21 GG, der unmittelbarer Bestandteil der Landesverfassung ist, wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Dementsprechend werden nach § 2 Abs. 1 Satz 1 LWG die Abgeordnetensitze auf die Parteien im Verhältnis ihrer Gesamtstimmenzahlen im Land verteilt. Daran ändere sich auch nichts dadurch, dass für manche Parteien nicht landesweit Bewerber antreten (Vgl. 1 VB 9/16 und 1 GR 11/16 - Urteil und Beschluss vom 15. Februar 2016). Die CDU-Fraktion wird auch weiterhin die höchstmögliche Erfolgswertgleichheit der einzelnen abgegebenen Stimmen anstrengen, auch wenn immer klar sein muss, dass eine absolute Gleichheit niemals erreicht werden kann.</i></p>
<p>Finanzielle Unterstützung der Regionen  3. Die Konzentration großer und finanziell extrem aufwendiger Vorhaben im Raum Mittlerer Neckar wie Stuttgart 21 hat dazu geführt, dass wichtige Projekte der Verkehrsinfrastruktur in anderen Teilen des Landes sträflich vernachlässigt werden. Darunter leidet besonders auch der badische Landesteil.</p>	<p>Sind Sie bereit, gegenüber der Landesregierung mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die dringenden Verkehrsvorhaben in Baden, wie der Ausbau der Güterverkehrs- und ICE-Strecke bis Basel und deren Verknüpfung mit dem TGV-Est über Straßburg mit dem Ausbau der Appenweierer Kurve kurzfristig vorankommen?  Sind Sie ferner bereit, sich für den Anschluss des Baden-Airparks an die A5 und den Schienenverkehr einzusetzen?  Erklären Sie Ihre Unterstützung für die Weiterentwicklung des Baden Airparks?</p>
	<p><b>Antwort CDU</b>  <i>Die CDU setzt sich wie in der Vergangenheit auch für den weiteren Ausbau der Rheintalbahn ein und steht zu den gemachten Zusagen, insbesondere auch zu der freiwilligen finanziellen Beteiligung des Landes. Grundsätzlich handelt es sich jedoch um ein Projekt des Bundes. Der Bundestagsbeschluss von Januar 2016, der eine finanzielle zusätzliche Beteiligung des Bundes in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro vorsieht, war ein starkes Signal und Startschuss für den</i></p>

	<p><i>weiteren menschen- und umweltgerechten Ausbau der Rheintalbahn. Dies ist in erster Linie dem hohen unermüdlichen Engagement der Bürger Badens entlang der Rheintalstrecke zu verdanken.</i></p> <p><i>Die Bahnstrecke Appenweier-Straßburg ist als sogenannte Europabahn ein entscheidendes grenzüberschreitendes Bindeglied der europäischen Achse Paris-Budapest und dient gleichzeitig der Anbindung Kehls sowie der Europahauptstadt Straßburg. Die CDU setzt sich – zusammen mit Ihnen – beim Bund mit Nachdruck für dieses nicht nur regional bedeutsame Projekt ein.</i></p> <p><i>Der Baden-Airpark ist aufgrund seiner exzellenten Lage am Oberrhein, der Nähe zu den Städten Karlsruhe, Rastatt und Baden-Baden und der Tourismusregion Mittelbaden/Nordschwarzwald ein attraktiver Flughafenstandort und für viele Menschen eine gute Alternative zu den Großflughäfen Stuttgart oder Frankfurt. Aber auch Flugreisende aus dem nahegelegenen Frankreich nutzen den Baden-Airpark und tragen zu einer auch überregionalen Wichtigkeit bei. Des Weiteren hat sich der Baden-Airpark zu einem attraktiven Gewerbe- und Industriestandort in der Region entwickelt. Um den Flughafen- und Gewerbestandort auch in Zukunft attraktiv zu gestalten, ist eine gute Verkehrsanbindung, wie sie mit einem Autobahnanschluss an die A5 geplant ist, eine sinnvolle Ergänzung. Auch für die Bewohner der Gemeinde Hügelsheim stellt der Autobahnanschluss an die A5 eine wichtige verkehrstechnische Entlastung dar.</i></p> <p><i>Entsprechende Gutachten haben ergeben, dass eine Schienenanbindung von Baden-Baden und Rastatt an den Baden-Airpark ökonomisch nicht sinnvoll ist. Die CDU sowie die Abgeordneten Mittelbadens setzen sich jedoch nachdrücklich für eine verbesserte und bedarfsgerechte ÖPNV-Anbindung an den Baden-Airpark ein.</i></p>
<p>Tri-Nationale Oberrheinregion 4. Die Städtelandschaft am Oberrhein ist Teil einer starken europäischen Entwicklungsachse von Rotterdam bis Mailand. Sie stellt mit ihrer bereits bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine europäische Kernregion mit großen Zukunftschancen dar, die bisher zu wenig genutzt wurden.</p>	<p>Sind Sie bereit darauf hinzuwirken, dass dieser Raum, entsprechend dem Beschluss des Landtages von Baden-Württemberg, über das Rhein-Neckar-Dreieck hinaus zur Europäischen Metropolregion erhoben wird?</p> <p>Würden Sie eine mögliche Einbeziehung des Pamina-Raums und des Eurodistrikts Straßburg/Ortenau befürworten?</p>

<p>Die TMO Region hat in grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und anderen Institutionen eine große Perspektive.</p>	<p>Erklären Sie Ihre Bereitschaft zur Unterstützung dieser regionalen Strukturen im internationalen Verbund?</p>
	<p><b>Antwort CDU</b>  <i>Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein gehört in Europa zu den Pionieren der Kooperation über Grenzen hinweg. Wir haben diesen Prozess von Anfang stark unterstützt und seitens des Landes durch rechtliche, finanzielle und institutionelle Instrumente befördert. Mit der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) ist dieser Prozess in eine neue Phase getreten. Damit die TMO ihrer Aufgabe weiter erfolgreich nachkommen kann, braucht sie sowohl finanzielle Unterstützung wie auch die nötigen verwaltungstechnischen Freiräume. In diesem Sinne unterstützen wir den weiteren Ausbau zur Europäischen Metropolregion. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in der kommenden EU-Förderperiode ab 2021 wieder ein Interreg-Programmraum „Oberrhein“ mit einer ausreichenden Finanzausstattung geschaffen wird und das Land erneut Kofinanzierungsmittel zur Verfügung stellt.</i></p> <p><i>Die TMO ist eine wichtige Klammer für die verschiedenen bestehenden Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – von der Pamina über die Eurodistrikte bis hin zum Dreieck Basel-Lörrach-Mühlhausen. Diese Klammer muss weiter gestärkt werden.</i></p> <p><i>Die Schaffung der neuen Großregion Elsass-Lothringen-Champagne-Ardenne stellt die Zusammenarbeit mit unseren französischen Partnern auf eine neue Grundlage. Wir begrüßen, dass Straßburg als Hauptstadt dieser Region gewählt wurde und die Verantwortlichen bereits ihre Bereitschaft zur Fortsetzung dieser Kooperation signalisiert haben.</i></p> <p><i>Wir werden auch weiterhin die Institutionen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein unterstützen und mit den Partnern auf der französischen und Schweizer Seite fortentwickeln.</i></p>
<p>Städtebauförderung  5. Die Städtebauförderung sah in den Jahren 2008-2015 im Land Baden-Württemberg so aus, dass der Badische Landesteil 602 Mio Euro, der Württembergische Landesteil 932 Mio Euro erhalten hat.</p>	<p>Werden Sie darauf einwirken, diese Schieflage in die richtige Balance zu bringen?</p>

Berücksichtigt man die Bevölkerungsanteile müsste Baden 652 Mio Euro und der Württembergische Teil mit nur 882 Mio Euro berücksichtigt werden.

**Antwort CDU**

*Städtebauförderung ist eine antragsabhängige, gebietsbezogene, gesetzesakzessorische Refinanzierung für unrentierliche, kommunale Aufwendungen, die zur Beseitigung städtebaulicher Missstände im öffentlichen Interesse erfolgen.*

*Rechtsgrundlagen der städtebaulichen Erneuerung sind das besondere Städtebaurecht (§§ 136 ff BauGB), die Landeshaushaltsordnung und die Städtebau-Förderungsrichtlinien des Landes Baden-Württemberg.*

*Die Städtebauförderungsmittel werden den Städten und Gemeinden demnach nicht im Sinne einer pauschalierten Pro-Kopf-Zuweisung zugeteilt. Die Städtebaufördermittel (gespeist aus Bundesfinanzhilfen und Landesfinanzhilfen) werden vielmehr nur auf Antrag und nach Maßgabe der genannten Rechtsgrundlagen der jeweiligen Stadt oder Gemeinde bewilligt.*

*Es handelt sich hierbei nicht um eine Projektförderung, sondern um die Förderung eines mehrjährigen Sanierungsprozesses, der auf der Grundlage einer allein von der Kommune entwickelten und gesteuerten Sanierungskonzeption ein ganzes Bündel an Einzelprojekten zur städtebaulichen Entwicklung und Missstands-beseitigung umfasst. Förderfähig sind nur unrentierliche Kosten, das heißt, dass z.B. sanierungsbedingte Bodenwertsteigerungen oder sonstige sanierungsbedingte Einnahmen gegen gerechnet werden müssen. Dies hat natürlich Auswirkungen auf den Förderungsumfang für die jeweilige konkrete Sanierungsmaßnahme.*

*Eine rein rechnerische, einwohnerbezogene oder in sonstiger Weise pauschalierte Mittelzuweisung, wie sie der Berechnung der „gerechten Mittelzuteilung“ zugrunde liegt, kann aufgrund der für die Stadterneuerungsverfahren und deren Förderung maßgeblichen rechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuchs und vor allem auch aus städtebaulicher, fachlicher Sicht nicht erfolgen. Dazu sind die örtlichen, baulichen und finanziellen*

	<p><i>Voraussetzungen in den einzelnen Städten und Gemeinden des Landes zu unterschiedlich</i></p>
<p>Kulturelle Förderung 6. Kultur Bei der Kulturförderung ist der badische Landesteil gegenüber dem württembergischen stark benachteiligt. Gemäß den Staatshaushaltsplänen 2012 – 2016 ergibt sich für den badischen Landesteil bezogen auf den Einwohneranteil eine um 74 Mio. € geringere Förderung als für den württembergischen Landesteil.</p>	<p>Was wollen Sie tun für eine gerechte Kulturförderung, damit der badische Landesteil nicht benachteiligt wird?</p>
	<p><b>Antwort CDU</b>  <i>Die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Sabine Kurtz MdL, hat im September 2015 gemeinsam mit weiteren Abgeordneten der Fraktion einen Berichtsantrag eingebracht (Drucksache 15/7369), der zum Ziel hatte, die Investitionen des Landes im Kulturbereich aufzuzeigen. Von besonderem Interesse war für die Antragsteller dabei, wie sich die Mittel über das Land verteilen.</i>  <i>Exemplarisch sind nachfolgende Einrichtungen im badischen Landesteil aufgeführt:</i>  <i>Archäologisches Landesarchiv Rastatt</i>  <i>rd. 0,4 Mio. Euro</i></p> <p><i>Staatliche Kunsthalle Karlsruhe</i>  <i>rd. 0,8 Mio. Euro</i></p> <p><i>Badische Landesbibliothek Karlsruhe</i>  <i>rd. 6,5 Mio. Euro</i></p> <p><i>Generallandesarchiv Karlsruhe</i>  <i>rd. 8,1 Mio. Euro</i></p> <p><i>Badisches Staatstheater Karlsruhe</i>  <i>rd. 13,3 Mio. Euro</i></p> <p><i>Staatliches Naturkundemuseum Karlsruhe</i>  <i>rd. 3,3 Mio. Euro</i></p> <p><i>Badisches Landesmuseum Karlsruhe</i>  <i>rd. 3,3 Mio. Euro</i></p> <p><i>Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim</i>  <i>rd. 7,5 Mio. Euro</i></p> <p><i>Ensemble-Akademie Freiburg</i>  <i>rd. 1,0 Mio. Euro</i></p>

	<p><i>Darüber hinaus stehen Investitionsmaßnahmen des Landes in beträchtlicher Höhe für die Staatliche Kunsthalle in Karlsruhe sowie das Badische Staatstheater in Karlsruhe an. Die CDU ist bemüht, auch zukünftig auf ein angemessenes Verhältnis der Kulturausgaben in den einzelnen Regionen des Landes zu achten.</i></p>
<p>Universitäten und Hochschulen 7. Es herrscht bei der Finanzierung der Universitäten im Land ein großes Ungleichgewicht. In den zurückliegenden Jahren wurden die Badischen Universitäten gegenüber den württembergischen mit den Zuschüssen je Studierendem stark benachteiligt. Für die Badischen Universitäten ergab sich ein durchschnittlicher jährlicher Minderbetrag von ca. 84,50 Mio Euro!! Alleine in dem Zeitraum von 2003 – 2014 ergab sich dadurch ein Minderzuschuss in Höhe von 1,37 Mrd. €. Die Dualen Hochschulen werden zentralistisch von Stuttgart aus gesteuert und Eigeninitiativen nahezu unterbunden.</p>	<p>Was wollen Sie tun um zu verhindern, dass es künftig wieder zu einem solchen Ungleichgewicht kommt? Und was wollen Sie tun um den Minderzuschuss der vergangenen Jahre auszugleichen? Unterstutzen Sie die Eigenständigkeit der einzelnen DHBWs und wie wollen Sie das erreichen?</p>
	<p><b>Antwort CDU</b> <i>Baden-Württemberg besitzt die dichteste und differenzierteste Hochschullandschaft in Deutschland. Neben den neun Landesuniversitäten umfasst unsere Hochschullandschaft noch 23 Hochschulen für angewandte Wissenschaften, sechs pädagogische Hochschulen, acht Musik- und Kunsthochschulen sowie die Duale Hochschule mit ihren Standorten, jeweils eine Film- und Popakademie, eine Akademie für Darstellende Kunst sowie mehr als 25 anerkannte private und kirchliche Hochschulen. Zahlreiche dieser Hochschuleinrichtungen befinden sich im badischen Landesteil. Fünf von neun Landesuniversitäten sind in Baden beheimatet. Mit den Universitäten Heidelberg und Konstanz befinden sich auch zwei der drei aktuellen Exzellenzuniversitäten im badischen Landesteil. In der vorangegangenen Förderrunde der Exzellenzinitiative befanden sich mit den Universitäten Heidelberg, Freiburg, Konstanz und dem KIT sogar alle vier Exzellenzuniversitäten im badischen Landesteil. Dieses hervorragende Abschneiden bei der bundesweiten Exzellenzinitiative belegt die hohe Qualität der Einrichtungen und spiegelt das Bestreben des Landes wider, für die</i></p>

	<p><i>Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ganz Baden-Württemberg optimale Forschungsbedingungen zu schaffen. Das Land bringt übrigens ein Viertel der Fördermittel aus der Exzellenzinitiative als Sitzlandanteil auf. Mit ihren über 34.000 Studierenden ist die DHBW ist größte Hochschule Baden-Württembergs. Sie verfügt über eine am US-amerikanischen State University-System orientierte Organisationsstruktur mit zentraler und dezentraler Ebene. Diese bundesweit einmalige Organisationsstruktur soll auch zukünftig Bestand haben.</i></p>
<p>Wissenschaftsstandort und KIT Förderung 8. Das Land hat mit der Fusion von Uni Ka und FZK zum KIT ein einmaliges Forschungs-, Wissenschafts- und Bildungszentrum in Karlsruhe erhalten. Wichtig ist nun, dass das KIT die zugesagte Selbstständigkeit in allen Bereichen erhält.</p>	<p>Sind Sie bereit sich vorbehaltlos für diese Eigenständigkeit des KIT einzusetzen und auch die entsprechende Finanzierung sicher zu stellen? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das KIT die Differenz zwischen erhaltenen Overhead-Mitteln und tatsächlichen Kosten bei Einwerbung von Drittmitteln durch das Land ausgeglichen wird?</p>
	<p><b>Antwort CDU</b> <i>Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) gehört mit derzeit rund 9 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon über 6 000 in Wissenschaft und Lehre, sowie rund 25 200 Studierenden zu den größten Forschungs- und Lehreinrichtungen Europas. Fünf disziplinäre Bereiche bündeln Forschung und Lehre in ihnen zugeordneten Instituten: Biologie, Chemie und Verfahrenstechnik; Informatik, Wirtschaft und Gesellschaft; Maschinenbau und Elektrotechnik; Natürliche und gebaute Umwelt; Physik und Mathematik. Innerhalb des KIT gibt es 7 Forschungs-Zentren.</i></p> <p><i>Durch das KIT-Weiterentwicklungsgesetz vom 9. Mai 2012 hat das KIT umfangreich weitere Autonomie gewonnen. Dazu zählen neben der Übertragung der Dienstherrn- und Arbeitgeberfähigkeit auch die Übertragung des „Sondervermögens Großforschung“ vom Land auf das KIT zum 1. Januar 2013 sowie die parallele Übertragung des vom Universitätsbereich genutzten beweglichen Landesvermögens. Das KIT ist eine reine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Im Jahr 2014 erhielt das KIT rund 847 Mio. Euro an Einnahmen, davon vom Bund 257 Mio. Euro, vom Land 221 Mio. Euro und über Drittmittel 369 Mio. Euro. Der hohe Drittmittelanteil ist zum einen auf die starke Forschungstätigkeit des KIT zurückzuführen, spiegelt jedoch auch einen allgemeinen Trend der baden-württembergischen Hochschulen wider. Die</i></p>



	<p>CDU wird sich auch weiterhin für eine angemessene und zukunftssträchtige Finanzierung des KIT einsetzen.</p>
<p>Mittel der Landesstiftung für das ganze Land 9. Die Erträge der Landesstiftung gehen zum überwiegenden Teil in den Württembergischen Teil. Eine Transparenz darüber ist nicht vorhanden. Erhaltungswürdige Kulturgüter oder Einrichtungen wie z. B. die Majolika gibt es im Badischen und Württembergischen genug.</p>	<p>Werden Sie sich für eine offene und transparente Mittelvergabe einsetzen? Unterstützen Sie den Erhalt und die effektive Absicherung der Majolika? Wie wollen Sie hier eine Angleichung erwirken?</p>
	<p><b>Antwort CDU</b></p> <p><i>Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung ist es, die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken und zu sichern. Die Stiftung fördert eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die einem definierten Kriterienkatalog genügen müssen. Der Kriterienkatalog garantiert bei der Entwicklung neuer Konzepte Exzellenz: Die Programme der Baden-Württemberg Stiftung müssen innovativ, neuartig und qualitativ hochwertig sein, beispielhafte Lösungsansätze hervorbringen, durch Alltagstauglichkeit und Übertragbarkeit überzeugen sowie einen klaren Bezug zu Baden-Württemberg haben. Von daher macht es aus Sicht der Stiftung wenig Sinn, diese nach Maßnahmen nach dem badischen und nach dem württembergischen Landesteil zu gliedern und die Förderungen von Maßnahmen nach einem Proporz zwischen Baden und Württemberg zu verteilen.</i></p> <p><i>Die Zukunft der Majolika in Karlsruhe ist ihrer derzeitigen Ausrichtung und nach dem derzeitigen Geschäftsmodell nach dem aktuellen Kriterienkatalog der Baden-Württemberg Stiftung kein förderfähiges Projekt. Gleichwohl werden wir uns dafür einsetzen, dass Erhalt und Zukunft der Majolika gesichert werden können. Die Majolika ist eine wichtige Einrichtung von historischer Bedeutung für das ganze Land Baden-Württemberg. Von daher werden wir mit der Stadt Karlsruhe und möglichen privaten Investoren das Gespräch suchen, die finanzielle Lage der Majolika im Einzelnen erörtern und dann im Lichte eines möglichen Förderbedarfs eine politische Entscheidung finden. Bei einer künftigen Förderung der Majolika muss aus unserer Sicht auch gewichtet werden, dass eine vergleichbare Institution im Württembergischen Landesteil, die Schlossmanufaktur Ludwigsburg GmbH, ihre</i></p>

	<i>Geschäftstätigkeit zum Ende des Jahres 2015 eingestellt hat.</i>
Förderung aller Messeaktivitäten 10. Das Messekonzept des Landes bevorzugt die Stuttgarter Messe auf den Fildern. Die Entwicklung des Landes sollte alle Messen unterstützen.	Werden Sie sich für Korrekturen am baden-württembergischen Messekonzept mit dem Ziel einsetzen, die badischen Messestandorte im Land stärker zu fördern? Werden Sie ferner darauf hinwirken, dass der offensichtlichen Tendenz der mit Landesmitteln hoch subventionierten Messe Stuttgart, Veranstaltungen auch von anderen Regionalmessen abzuwerben, ein Riegel vorgeschoben wird?
	<b>Antwort CDU</b> <i>Die CDU steht zu dem vielfältigen Messeangebot in Baden-Württemberg. Jeder Messestandort verfügt über attraktive Messeveranstaltungen, die oftmals die spezifischen und regionalen Begebenheiten des Standorts aufgreifen. Angesichts der Zukunftsprognosen für die Messelandschaft insgesamt ist eine künftige Förderung - wenn überhaupt - nur dann vertretbar, wenn eine vorherige sorgfältige Analyse des Messemarktes und der Wettbewerbssituation unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Rentabilitätsbeurteilungen zu einem eindeutig positiven Ergebnis führt und wenn ein besonderes strukturpolitisches und wirtschaftliches Interesse des Landes besteht. Dabei sollten Fördermaßnahmen auch unter stringenter Beachtung der Zielsetzungen des Mittelstandsförderungsgesetzes beurteilt werden. Die Messestandorte in Baden-Württemberg sind wichtige Schaufenster der gesamten baden-württembergischen Wirtschaft. Unternehmen können sich direkt einem interessierten Publikum präsentieren und ihre Produkte vorstellen. Die CDU wird sich daher auch künftig für den Erhalt eines erfolgreichen Messebetriebs in allen Landesteilen einsetzen.</i>
Stuttgarter Zoo 11. Das Land unterhält in der Wilhelma den einzigen staatlichen Zoo in Deutschland. Auch andere kulturelle Einrichtungen wie Theaterakademie, Akademie Schloss Solitude Filmakademie, Haus der Gegenwartskunst, Haus der Geschichte, Haus des Buches werden ausschließlich durch das Land finanziert.	Sind Sie bereit, darauf hinzuwirken, dass die Stadt Stuttgart, als „reichste Stadt der Bundesrepublik“, die Wilhelma in städtische Regie übernimmt und sich an der Finanzierung der anderen kulturellen Einrichtungen finanziell beteiligt? Sind Sie bereit, die entsprechenden Einrichtungen wie das Radio-Sinfonie-Orchester Baden-Baden/Freiburg in den Oberzentren Baden-Württembergs in gleicher Weise finanziell zu unterstützen?
	<b>Antwort CDU</b>

	<p><i>Die Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs ist das Ergebnis des reibungslosen und problemlosen Zusammenspiels der früheren Landesteile Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern. Diese Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs macht es möglich, dass das Land heute zu den wirtschaftsstärksten und wettbewerbsfähigsten Regionen Europas zählt.</i></p> <p><i>Dazu gehört auch ein Engagement des Landes selbst bei Einrichtungen und Institutionen, die über die Landeshauptstadt Stuttgart hinweg Leuchtturmfunktionen für das ganze Land und darüber hinaus haben, wie beispielhaft die Wilhelma. Auch wenn die Stadt Stuttgart sicherlich von der Leuchtkraft der Wilhelma und der anderen genannten Einrichtungen profitiert, sind diese Einrichtungen Aushängeschild für das ganze Land. Wir werden nach der Landtagswahl 2016 mit den Oberzentren, die ebenfalls Einrichtungen mit Leuchtturmcharakter für das Land haben, Gespräche aufnehmen, um Notwendigkeiten einer Finanzierung defizitärer, aber für das Land wichtiger Einrichtungen zu prüfen. Unabhängig davon wird CDU aber auch künftig darauf achten, dass es nicht zu einseitigen Bevorzugungen oder Belastungen in den Landesteilen Baden und Württemberg kommt.</i></p>
<p>Sportförderung -Fußball 12. In den letzten 10 Jahren wurde das ehemalige Neckarstadion in Stuttgart u.a. aus nicht unerheblichen Mitteln des Landes 3 mal umgebaut. Es sollten alle Stadien von Bundesligavereinen gefördert werden.</p>	<p>Wie wollen Sie die Badischen Interessen in diesem Bereich vertreten? Welche klaren Förderrichtlinien würden Sie für das ganze Land vorgeben wollen?</p>
	<p><b>Antwort CDU</b> <i>Wir wollen auch künftig dem Sport ein verlässlicher Partner sein und haben dazu bereits in der vergangenen Legislatur mit dem organisierten Sport einen Solidarpakt abgeschlossen, der dem Sport eine verlässliche Finanzausstattung – unabhängig von der jeweiligen Haushaltslage – garantiert. Darin enthalten sind auch Mittel für die Sportstättenförderung, die vom Sport eigenverantwortlich verwaltet werden.</i></p> <p><i>Von der Förderung einzelner Projekte – wie dem Stuttgarter Neckarstadion – haben wir uns grundsätzlich verabschiedet. Eine Ausnahme macht dabei das Karlsruher Wildparkstadion, für das im Sportetat des Kultusministeriums noch immer die von der vormals CDU-geführten Landesregierung in 2007</i></p>

*zur Förderung bereitgestellten Mittel bereitgestellt sind.*

*Wir wollen auch künftig eine faire Balance in der Sportstättenförderung zwischen unserem badischen und württembergischen Landesteil. Eine Benachteiligung eines Landesteils gilt es selbstverständlich zu vermeiden.*